

Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Zeitung für Stadt u.



Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 109.

Donnerstag, den 22. Mai 1919.

159. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen

Seite 4 und 6 betr.

Sperrung der Provinzialstraße Dürrenberg-Spergau.
Wieschenpolizeiliche Anordnung.
Sohnauszahlung.
Kreistagswahl.
Amtliche Fürsorgehefte für Kriegshinterbliebene.

Tageschronik

Engen und engen in Paris.

Graf Brockdorff verlangt Frist und stellt neue Noten in Aussicht.

Die Alliierten zu mündlichen Verhandlungen bereit?

Entgegenkommen der Entente in Oberfrankreich?

Wilson für die Befreiung des Rheinlandes.

Erfolge der Nationalisten in Ägypten.

Rigo von den Letzten genommen.

Spartalisten schließen den Eisenacher Güterbahnhof in Brand.

Der Spandauer Millionendieb verhaftet.

Die Furcht vor der Nichtunterzeichnung.

Werden die Friedensbedingungen geändert?

Die Befürchtung der Entente, Deutschland könne die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigern, wird immer deutlicher. Man scheint sich der Volksabstimmung nicht sicher zu sein. Die Nervosität der Pariser Presse wächst täglich. Die Blätter haben das Volk in Sicherheit gewiegt, die Verweigerung dürfte daher wie eine Bombe einschlagen.

Brockdorffs Spaar-Reise wird in den Morgenblättern eifrig kommentiert. Die Presse sucht eine Mitbestimmung in der deutschen Delegation zu konstatieren. „Beit Journal“ gibt die Angst zu erkennen, Scheidemann könnte nach Versailles kommen; dann würde die Unterzeichnung erst recht scheitern. Die Nachricht der „Chicago Tribune“, die jetzige Delegation werde resignieren, entbehrt jeder Begründung. „New York Herald“ weist in einem Artikel über „Americas Macht am Rhein“ große Zusprüche aus. Der Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Rheingebiet dürfte sich beim Volke großes Bedauern hervorzurufen, weil der französischen Beziehung Misstrauen entgegengebracht werde. Die Teilnahme von Wasserinnen und Lotharingern in ihren Nationaltrachten an dem Festzug bei der Jungfrau-von-Orléans-Fest in Paris stempelt die Presse zu einem sensationellen Ereignis.

Der Pariser Korrespondent der „Daily News“ berichtet, daß die deutsche Note über das Saarbecken gemüht sei. Er hat den Eindruck gewonnen, daß man sich grundtäglich darüber geeinigt habe, daß die Bedingungen geändert werden sollen. Ein drittes Zeichen dafür, daß man auch in der Schweiz hofft, daß sich alle noch zum Guten wenden werde, ist die Tatsache, daß die Saluta der deutschen Reichsmark an den Schweizer Börsen von 35 Prozent bis auf 41 1/2 % stiegen ist. Auf der anderen Seite zeigt sich jedoch ein kaum zu übersehender pessimistischer. Eine hochgestellte diplomatische Persönlichkeit in Rom teilt dem Vertreter der „Zür. Post“ mit, daß wenn sich die Umstände wieder auf der einen noch auf der anderen Seite ändern, die Freiede mit Deutschland nicht in der dem Herbst in unterzeichnet werden dürfte. Aus von französischen Stellen den deutschen Unterhändlern in Aussicht gestellte Ultimatum auf Monatsende werde den Friedensschluß nicht beschleunigen; denn es sei damit zu rechnen, daß die deutsche Regierung den Vertrag zu unterzeichnen wirklich ablehne. Das Ultimatum würde höchstens einen Regierungswechsel hervorbringen.

Verkündigung neuer deutscher Noten.

Graf Brockdorff verlangt Frist.

Verailles, 20. Mai. Graf Brockdorff hat heute eine Note an Clemenceau gerichtet, in der er für die nächsten Tage eine Reihe weiterer genau beschriebener Noten anfrägt. Da diese hier behandelten Fragen, heißt es in der heutigen Note, zum Teil sehr schwieriger Art sind und mit dem Sachverständigen sowohl

in Versailles als in Berlin eingehend erörtert werden mußten, werden sie in der von Euer Exzellenz am 7. d. M. bezeichneten Frist von 15 Tagen nicht sämtlich erledigt werden können. Mit Rücksicht hierauf stelle ich den Antrag, den Inhalt der in Aussicht genommenen Noten schon jetzt als zum Gegenstand der schriftlichen Erörterungen gemacht anzusehen und uns für eine eingehendere Vorlegung die erforderliche Frist zu gewähren.

Nicht Tage Frist.

Wilson und Lloyd George härter als Clemenceau.

Nach Meldungen aus Versailles werden die Alliierten zweifellos eine Verlängerung der Frist auf acht Tage bewilligen. Deutscherseits ist das Bestreben offensichtlich, jedes erträgliche Opfer zu bringen. Die Aufgabe würde vereinfacht, wenn die deutschen Vorstellungen in Form von engen Wirtschaftsgemeinschaften mit den Nachbarn gebracht würden. Leider scheint dieser Weg jetzt durch den Widerstand der angelsächsischen Mächte versperrt zu werden. Soweit es sich um die Friedensbedingungen handelt, bemerken auch nicht deutschfreundliche Pariser Blätter, daß Wilson und Lloyd George die Vorführer der entschlossenen Politik gegen Deutschland und härter als Clemenceau seien. Die Angelsachsen haben auch eine unbedingte Forderung in den Vorkriegs, deshalb ist es zwecklos, wegen der geforderten Territorialabtretungen gegen Frankreich Sturm zu laufen. Der ganze Kontinent ist heute ebenso hilflos wie Deutschland.

Die Spannung in Paris.

Verailles, 20. Mai. Die regierungstreuen Pariser Blätter scheinen heute auf das „Wochenblatt“ hin die ersten Folgen hervorheben zu wollen, die aus der Nichtunterzeichnung des Vertrages entstehen würden. „Figaro“ schreibt, wenn die Deutschen Frankreich zwingen, den Waffenstillstand zu brechen, würde noch wieder Herr der Stunde sein, und alles würde wieder in Frage gestellt. Es wäre sicher, daß Frankreich sich dann nicht mehr mit einem Kompromiß, wie in dem jetzigen Friedensentwurf, begnügen würde. Für den Rhein und das Saarbecken würde man radikalerer Lösungen fordern. Der Vertrag sei das Hindernis der Fortschritt. „Beit Journal“ glaubt, daß die Prüfung des Vorschlages eine Frist von etwa acht Tagen notwendig mache.

Die „ungezügelt“ Haltung Deutschlands.

Nach einer Reutersmeldung aus London teilt das Kriegsamt mit, daß es den General Verhagen in Anbetracht der ungewissen Haltung Deutschlands in der Frage der Friedensbedingungen und der sich daraus ergebenden militärischen Lage augenblicklich nicht möglich ist, Frankreich zu verlassen, und daher keinen Londoner Besuch auf unbestimmte Zeit verschoben wird.

Brockdorff der Nachfolger Scheidemanns?

Basel, 20. Mai. (Eig. Drahtber.) Wie man aus den Pariser Blättern erfährt, behandelt die Pariser Zeitungen den Umstand, daß Graf Brockdorff von der Sprechung in Spa wieder nach Versailles zurückgekehrt ist, als einen Zeichen der Hoffnung in Deutschland, die die Bedingungen unterzeichnen wollen. Der „Temps“ ist der Meinung, daß die Gegenverträge der Deutschen keine wesentliche Veränderung mehr herbeiführen werden. Graf Brockdorff sei nun fast entschlossen, den Frieden zuzulassen zu bringen. Wenn er ihn unterzeichnet, so sei auch als selbstverständlich anzunehmen, daß er bei der folgenden Regierungskrise der Nachfolger Scheidemanns wird. Auffallend ist, daß sich ähnliche Bemerkungen auch in den anderen Pariser Blättern finden, und daß sie bei nur wenigen Tagen noch gegen den Grafen Brockdorff geführten Kampf eingestellt haben. Sie hatten verbreitet, daß die Sprache des Grafen Hans Wilson beleidigt habe und deshalb seine Rückkehr erfolgen müßte. Welche Absichten hinter dieser neuen Taktik stecken, läßt sich noch nicht beurteilen.

Der Kampf mit der Pariser Zeitung.

Ein Beweis von den schweren Kämpfen der französischen Presse mit der „Zentur“ liefern ein paar Zeilen in der Pariser Ausgabe des „New York Herald“. Da heißt es: „Das Pariser Wochenblatt „Zentur“ ist gestern von einem von den Journalisten beschlagnahmt worden. Der „New York Herald“ würde auch beschlagnahmt werden, wenn er erklären wollte, warum der „Zentur“ beschlagnahmt wurde. Aber die Deutschen wissen, was darin steht.“

Die „Sieger“ unter sich.

Es wird nachgerade klar, daß schwerer noch als der Frieden mit den Alliierten der bevorstehende Streit unter den Alliierten zu begreifen ist. Denn die Meinungen gehen im Grunde jener, die sich um England, Frankreich und Amerika bereifanden, gegen Deutschland und seine Verbündeten in den Krieg einzutreten, erheblich auseinander. Jeder will selbstverständlich aus diesem Kriege einen Vorteil ziehen. Da aber die drei führenden Mächte: England, Frankreich und die Vereinigten Staaten es übernommen haben, über den Besitz und das Vermögen der Unterlegenen zu verfügen, so bleibt für die anderen nicht viel übrig, oft nicht einmal das, was ihnen schriftlich versprochen wurde. Italien hat ja bereits den ersten Versuch gegen die Friedensbestimmungen, das heißt, gegen die Wilson, Lloyd George und Clemenceau unternommen. Es hat eine nationale Bewegung im Lande entfacht und besteht mit Nachdruck auf seinem Schicksal. Schließlich kamen Orlando und Sonnino wieder nach Paris, und heute hört man, daß Italien früme (wenn auch mit einschränkenden Bestimmungen) erhalten soll. Damit scheint nun freilich noch nicht alles italienische Hoffen in Erfüllung gegangen, weil aus dem Lande der Römer eine wunderbare Miße und ein auffallendes Verständnis fund wird für das schwer bedrückte Deutschland. Man verurteilt nicht den Generalstab. Und jeder, der Italien kennt, weiß, daß hinter diesem Mittel eine Egoismus liegt. Doch wir brauchen nicht weiter zu lächeln. Die Zeit wird lehren, um was Italien nach durch Clemenceau, Lloyd George und Wilson betrogen worden ist.

Neben Italien hat sich auch China mit dem Frieden nicht einverstanden erklärt. Es gibt sich mit der Zurückweisung der astronomischen Instrumente, die vor dem Schloß von Sanssouci aufgestellt sind, durchaus nicht zufrieden, will nicht einsehen, weshalb Japan Auktschou erhalten soll, um sich mit China auseinander zu legen. Eine japanisch-indische Bewegung hat bereits ganz China ergriffen. Man lehnt im Lande der aufgehenden Sonne den Frieden fast so geschloßen ab, wie in Deutschland. Aber auch Japan ist nicht ohne über die Gedanken, denn es demonstriert bereits. Man hört, es habe weitgehende Konversationen mit den Alliierten und sei entschlossen, diese Konversationen zu unterstützen. Daneben kommen nun Meldungen aus Rußland, das mit der Verteilung des Balkans höchst unzufrieden ist. Es hätte von Deutschland mehr erhalten, wenn es neutral geblieben wäre, behaupten dort die führenden Politiker, die die Entente an ihre Verpöndungen erinnern. Für uns ist es eine gewisse Genugtuung, daß diese Erkenntnis den Rumänen geworden ist. Leider können wir für uns nicht mehr ausruhen. Wir können nur insofern noch interessiert sein, als wir sehen, wie widerwärtig es der Entente wird, ihre Verpöndungen einzulösen; denn nur dann kann sie wirklich den Weltfrieden sichern.

Das scheint indessen unmöglich zu sein, da auch die Vereinigten Staaten sich in Händen hat und darauf besteht, daß es erfüllt wird. Es läßt nichts ab und weiß auf die Unterhändler der hochbegabten Herren Clemenceau und Lloyd George hin, die in trüben Tagen sich zu allen Verfügen verstanden. Er will das haben, was man ihm versprochen. Aber auch zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten ist es nicht ganz ohne Mißverständnisse abgegangen. Unter sucht ein besseres Geschick zu machen als das andere. Das vertritt sich zwar nicht mit dem Frieden das „Rechts“ und der „Gerechtigkeit“ aber schließlich offenbart sich in dieser Hinsicht der Feinde der eigentliche Grund des Krieges.

Der Widerspruch ist angesichts dieser Gegenstände und Ansprüchen eine Frage geworden. Und niemandem besteht wohl besondere Neugier, ihn zu verfolgen. Was ist denn der Widerspruch, wie ihn die Alliierten käuflich wollen? Doch nur ein Minderheits- und Verbündeten gegen Deutschland. Ein Minderheits- oder wollen die, die sich jetzt aus irgend einem Grunde gegen die Mittelmächte verbunden hatten, nicht mehr eingehen, denn jedem scheint der nächste Krieg unvermeidlich. Kriege entstanden bisher stets, weil territoriale Forderungen die Mächte beherrschten. Der Krieg kam für immer vermindert werden, wenn jedes Land seine Forderungen erfüllt sieht. Das aber kann und will die Friedensbestimmungen nicht, weshalb nach dem Selbstbestimmungsrecht auch ein gewisser Frieden mit Deutschland verbunden ist. England und Frankreich aber sehen dies Selbstbestimmungsrecht aus entscheidender ab, weil es ihnen den Lebensboden durchbrechen würde. Man denke nur an Irland, Ägypten, Indien, an Marokko. Was ist nun

Wie der Frieden wird, wollen wir heute noch nicht. Das aber ist heute schon klar: die Ältesten Staatsmänner haben sich den Willkür leichter gebeugt, als er ist. Sie haben erkannt, daß ihre betrüblichen Mächten gegen die schwächeren Bundesgenossen und ihre ungenügende Bestandteile offenbar werden und es ihnen nicht möglich sein wird, die Bevölkerung bauhend aufrecht zu erhalten.

Die unwillkürlichen Franzosen.

Verfallenes, 20. Mai. Die radikale und radikalsozialistische Kammergruppe hat gestern folgende Entschlüsse gefaßt: Wir empfinden es als höchst bedauerlichen Zustand, daß dem französischen Parlament der Friedensvertrag, den die ganze deutsche Presse in Händen hat, verweigert wird. Wir verlangen die sofortige Abschaffung des Kriegsrechtszustandes, der Gefahr und die sofortige Mitteilung des Textes des Friedensvertrages. Die sozialistische Kammergruppe hat einen ähnlichen Entschluß gefaßt und die Regierung hat sich sofort geantwortet.

Kalenproteste gegen den Friedensvertrag.

„Bruch der internationalen Moral“.

Die „Westminster Gazette“ veröffentlicht eine Kundgebung gegen den Verfall der Friedensvertrag, in der es u. a. heißt, der Vertrag bedeute einen unverantwortlichen Bruch jeder internationalen Moral, deren Schutz das angebliche Kriegsrecht der Entente war. Es handelt sich darum, das neue demokratische Deutschland aus dem internationalen Leben auszuschließen und den Geist seines Volkes zu vernichten. Ein Sieg, der die Demokratie für die Welt sicher machen sollte, wurde in einen Sieg verwandelt, der den Verfall der Demokratie bedeutet. Wir unterstützen keinen solchen Frieden ohne moralische Gültigkeit aufzuweisen.

Unzufriedenheit in amerikanischen Kreisen.

Nach einer Meldung des Pariser Korrespondenten der „Daily News“ hat die Unzufriedenheit mit dem Friedensvertrag bereits feste Formen angenommen, indem eine Anzahl Mitglieder der amerikanischen Kommission den Präsidenten Wilson ein Memorandum zum Ausdruck einreichte. Es ist möglich, daß es nicht bis zum vollständigen Abschluß kommt, aber die amerikanischen Vertreter haben nur ein Ansichts zu erkennen gegeben. „Daily News“ melden aus New York: 17 Senatoren des amerikanischen Senats haben Protest bei Wilson eingeleitet gegen die bisher bekanntgegebenen Bestimmungen der Friedensbedingungen.

Wilson's Kampf gegen zwei Fronten.

Ieber Wilson's Kampf gegen zwei Fronten, wie er seine Lage selbst charakterisiert hat, wird berichtet: Der Widerstand in Washington machte das amerikanische Militärbandnis mit Frankreich wackeliger von Stunde zu Stunde, immer unter Berufung auf die Monroe-Doktrin, daß Amerika in anderen Erdteilen keine unzulässigen Anhangsgebiete eingehen soll. Wilson's letzte Willen haben, er es wissen will, daß nur durch die Zulage des Militärbandnisses eine Einigung mit Clemenceau zustande gekommen ist. Auch heute noch macht Frankreich unter unerschütterlicher Willigung Englands den Vorstoß von der Voraussetzung abhängig, daß Amerika das Militärbandnis unbedinglich sanctioniert. Für den anderen Fall hat sich Clemenceau freie Hand vorbehalten, die Auslieferung der Rheinlande und getrennte Verhandlungen mit den einzelnen deutschen Bundesstaaten zu erreichen. Der Verdacht liegt nahe, daß Frankreich und England aus bei dieser Sachlage ihren Herrn gegen die Vermittlung des Militärbandnisses durch die Vereinigten Staaten gerichtet wurde. Würde das Militärbandnis fallen, so würde es die letzten Verhandlungen des Friedensvertrages, die noch an einen Wilson's Frieden erinnern, mit sich reißen.

Wilson will Truppen am Rhein belassen.

Am 19. Mai, 20. Mai. Eine Radio-Meldung aus New York zufolge haben Präsident Wilson's eine neue Forderung an die Vereinigten Staaten herabgelassen, in der die Möglichkeiten angeführt sind, durch die die Vereinigten Staaten in irgend einen zukünftigen europäischen Streit, der entsteht, wenn Deutschland den Friedensbedingungen nicht nachkommt, hineingezogen werden könnte. Der Präsident werde den amerikanischen Kongress um die Ermächtigung bitten, einen Teil der amerikanischen Truppen für weitere fünf Jahre als Teil der alliierten Truppen, die von Deutschland die Erfüllung der Friedensbedingungen zu erzwingen haben werden, am Rhein belassen zu dürfen.

Abschiebe Wilson's am 1. Juni.

Am 19. Mai, 20. Mai. (Savas. Router). Man erwartete hier binnen kurzem die Ankunft des „George Washington“, mit dem sich Präsident Wilson am 1. Juni nach Amerika begeben wird.

Amerika will alle deutschen Schiffe behalten.

Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ erklärt: Die Vereinigten Staaten werden die in amerikanischen Häfen belagerten deutschen Schiffe mit 700 eine neue Forderung des Protokolls Englands bestehen. Die Vereinigten Staaten wollen die deutschen Schiffe nicht nach Maßgabe des verfallenen Schiffsraumes unter die alliierten Flotten verteilen lassen, da sonst England den Auenanteil hätte.

Sundgebungen gegen Churchill.

Churchill wurde bei einer Mahlzeit in Dundee von feindselig gestimmten Zuhörern häufig unterbrochen. Als er zur Rede-fertigung von aufstehenden Gegenständen bei der Truppenkommandeure, waren sie aufgehört worden, was Frage der Verwendung des Militärs zu unfriedensverderlichen Zwecken Stellung zu nehmen, sagte, bei in unsere Schwierigkeiten müssen alle Hilfsmittel eingesetzt werden, obwohl sich hinsichtlich seiner Bemerkungen über England und Frankreich durch den Zuhörer unterbrochen: Wir haben ein Recht und nicht zu zucken! „Während von folgender Seite in Churchill's Rede: Es ist uns gegangen, in dem Friedensvertrag alle besonderen Interessen Großbritanniens hervorzuheben.“ Churchill erklärte zum Schluß, die Politik der Alliierten müßte darauf hinauslaufen, eine Verbindung zwischen dem deutschen Imperialismus und dem deutschen Volkstums zu verhindern.

Die Lage in Oberitalien.

Konferenz mit Ententevertretern.

Rattovich, 20. Mai. Am Montag fand unter Führung des Staatsministerialis für Oberitalien eine Konferenz mit den nach Oberitalien entsandten englischen und amerikanischen Beauftragten statt. Ein ergebnisreicher Austausch gab es von der unabhängigen Sozialdemokratie, deren Führer, Rechtsanwalt Vignatelli, an der Konferenz teilnahm, bis zu den Vertretern der Großindustrie in eine Meinung: Oberitalien muß bei Deutschland bleiben. Ganz besonders hervorzuheben war die Auffassung der polnischen Arbeiter, daß sie bei Deutschland bleiben wollen. Daraus läßt sich das dem Vorschlag an Polen schwere wirtschaftliche und kulturelle Rückschlüsse.

Wird Oberitalien befreit?

Nach einer Meldung aus Rattovich fand zwischen den hier weilenden Mitgliedern der Entente und dem Vertreter in Verfallenes ein Telegrammwechsel statt, aus dem hervorgeht, daß die Entente nicht abgesehen ist, auf die Abtretung Oberitaliens an Polen zu verzichten. (Die Meldung dürfte mit großer Vorsicht aufzunehmen sein. D. Red.)

Belagerungsstand über Westpreußen.

Berlin, 20. Mai. Wie die Abendblätter melden, ist über ganz Westpreußen von preussischen Staatsministerien der Belagerungsstand durch Aufhebung der Artikel 5, 6, 27, 29 und 30 der Verfassung verhängt worden.

Der „berichtigte“ Erzberger.

Nachdem Erzberger hatte auf Protestkundgebungen aus verschiedenen Kreisen im Osten, die dem zukünftigen Polen zustehen sollen, ausdrücklich mitgeteilt, daß alsbald eine Weltausstellung über den Willen zum Verbleiben im deutschen Reich stattfinden sollte, wurde er nunmehr den hochinteressanten Mitteilungen, daß zunächst eine solche Volksabstimmung nicht vorgenommen wird.

Gegen die Aufteilung der Türkei.

Nach einer Berliner Meldung dürfte die Aufteilung der Türkei noch eine andere Lösung finden, als zuerst gemeldet wurde. Der Mahatba von Wien und die muslimanischen Delegierten haben gegen die Aufteilung des Sultan's Protest eingelegt. Der Entschluß des Vizekönigs sei eine Verletzung und Erziehung des Sultans, der bei in der Person des Sultans verweilt. Der Mahatba als christliche Engländer bekannt und sehr englandsfreundlich ist, so kann angenommen werden, er ist in dieser Angelegenheit als ein Sprachrohr Englands demütigt worden.

Streifenkämpfe in Konstantinopel.

Die „Bühnen“ „Dunya“ meldet: Zu Konstantinopel kam es wegen des ungewissen Schicksals in Bezug auf die Aufteilungspläne der Entente zu blutigen Streifenkämpfen zwischen Mohammedanern und Europäern. Auf beiden Seiten gab es viele Tote und Verwundete. Später wurden die Geschützfeuer der Europäer gestoppt.

Nationalistische Erfolge in Ägypten.

Wie der „Corriere della Sera“ berichtet, ist die Sache Ägypten eingetretene Nische nur (schon) und wurde nur durch die Freilassung der verhafteten und nach Paris geschickten Führer der Nationalisten erreicht. Dieser habe, nach einer Erklärung unter dem Vorsteh von Jughal Pasha die Nische nach Paris zum Friedensstreik erlaubt wurde. Ganz Ägypten ist bereit, den Kampf gegen England mit größter Wut wieder aufzunehmen, falls die Delegation ihr Ziel nicht erreichen sollte.

Die Freilassung der nationalistischen Führer wurde mit unbedeutendstem Jubel als ein Sieg über die englische Unterdrückung gefeiert. Eine weitere Erklärung hat die Bewegung durch die mit großer Entschiedenheit verweilte Reduktion von Ägypten in Ägypten erfahren. Inzwischen hat die Bewegung auch auf Palästina, besonders nach Jaffe, übergriffen. Die Forderungen der Nationalisten sind die Ausweisung der nach Ägypten geschickten Truppen als einzige Bedingung des künftigen Friedens, Abschaffung des englischen Protektorats, Zurückziehung der englischen Truppen und ihr Ersatz durch ägyptische Truppen, Abtritt des Ministeriums Nubhi Pasha. Dieser ist bereits erfolgt.

Rumänien ist enttäuscht.

Die Erbitterung in Rumänien gegen die Entente nimmt hart zu; hauptsächlich deswegen, weil die Friedensankertzen sowohl als Garant als auch einen ansehnlichen Teil Lebensmittels den Rumänen vorzuziehen hat. Die rumänische Presse fordert einstimmig dazu auf, daß die rumänische Friedensdelegation in Paris verlassen solle. General Averescu hielt eine Rede, in der er sagte: „Eine Opfer und ohne unter Land zu verlassen, hätten wir von den Mittelmächten das Besondere erhalten. Was von der Entente, wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden!“

Kosowarisch der Entente gegen Budapest.

Wien, 20. Mai. Der Vormarsch der Ententetruppen gegen Budapest, die unter der Leitung des Generals Grandet benannt hat, geht glatt voran. General Grandet glaubt sich meistens am Mittwoch in Budapest zu sein.

Die Ketten erobert Niga.

Nach einem amtlichen Telegramm aus Riga vom 19. Mai haben die letzten Ketten Dänemark besetzt. Die Eroberung, Niga mit tausenden Gefangenen zu befreien, und verstanden, daß die bolschewistischen Kommissare innerhalb dreier Stunden ausgeliefert werden sollten. Diese Forderung wurde nicht erfüllt. Darauf besetzten die lettischen Jäger Niga. Der größte Teil der bolschewistischen Kommissare wurde erschossen.

Das bedrohte Petersburg.

Wie das amtliche Weißrussland in Roponenha meidet, ist Petersburg nun von zwei Seiten her bedroht und zwar von Norden durch die Finnen, von Südwesten durch die Esten. Einliche Truppen und deutsche und russische Schiffe sind von unten auf den Luga 85 Meilen westlich Petersburg erreicht. Am 13. Mai wurden den Sowjettruppen an der Narva drei Panzerzüge und eine Selbstbatterie und am folgenden Tage noch ein weiterer Panzerzug mit 30 Waffengewehren sowie 1200 Gefangene abgenommen. Nachdem von dem am 10. Mai in der Nähe von Riga eine ganze feindliche Batterie und mehrere 50 Gefangene abgenommen wurde die Stadt Gdov den Bolschewisten wieder abgenommen. Bei dieser Gelegenheit verloren die Bolschewisten 1000 Gefangene und 20 Waffengewehre. Die russischen Sowjettruppen befinden sich in Riga.

Sparraktionen-Spannungen in Wien.

Ein Güterzug in Brand gefahren. — Kein Streit.

Wien, 20. Mai. Während es gestern nur zu unbedeutenden Zusammenstößen mit den hier eingetroffenen Regierungstruppen kommen war, erstreckte sich heute Nachmittag eine Reihe von Sparraktionen vom Dienst aus Gewehrfeuer auf den am Güterbahnhof haltenden Panzerzug, der das Feuer mit Waffengewehren erwiderte. Ein Güterwagen mit brennbaren Stoffen ging in Flammen auf. Das Feuer erstreckte sich am 17. Mai, die zum Teil mit Lebensmittel und Proviant beladen waren, und sprang dann auf den über 100 Meter langen Güterzug über, der binnen kurzem bis auf einen Rest der Umhüllungsmauer niederbrannte. Gewaltige Detonationen von etwa 100 Bomben erfüllten die Luft, die bei dem Brand explodierten, riefen den Eindruck einer Artilleriebeschuss nach. Der Güterzug, nannte sich der Verlust an Lebensmitteln ist sehr bedeutend. Gegen Morgen hörte die Schiesserei auf. Die hiesige Arbeiterwelt ist bisher nicht in den Streit getreten. Die Arbeiter üben passive Resistenz, sie verlangen Aufhebung des Belagerungszustandes, Zurückziehung der Regierungstruppen und Freilassung der verhafteten Kommunistenführer. General Raeder hat sämtliche Forderungen mit Rücksicht auf die Ergebnisse der vergangenen Nacht abgelehnt. Dem Vorschlag des General Raeder anerkant, daß die Erregung hauptsächlich auf die unzulässigen Ernährungsverhältnisse zurückzuführen ist. Der Belagerungszustand wird auf den ganzen Verwaltungsbezirk Wien ausgedehnt. General Raeder hat die Landwehr angefordert, ihre Aufrechterhaltungspflicht selbstlos als bisher nachzukommen und bei angelegentlich, daß es sich um die Handlung und Geheimschlichter vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Eine Arbeiterversammlung hat einstimmig beschlossen, die Arbeit Mittwoch früh in allen Betrieben wieder aufzunehmen.

Stettin beruhigt sich.

Stettin, 20. Mai. Stettin ist jetzt ruhig. Die Hauptversammlungen sind nach durchschüssiger gebaltene Maßnahmgewehre geschlossen, die nach es zu Neigungen mit den Truppen nicht kommen konnte. Ein großer Teil der freien Sträflinge ist wieder hingerichtet worden. Anlässlich der ersten Beerdigung der Opfer, die heute stattfand, hatten Rathaus und Oberpräsidium halbmast geflaggt.

Erfolgreicher Abwehrstreik in Königsberg.

Königsberg, 20. Mai. Infolge des politischen Generalstreiks, den die Unabgängigen und Sparraktionen begannen, wurde die Arbeiterwelt im Interesse der Allgemeinheit in einen Abwehrstreik getreten. Der Abwehrstreik hat die Arbeiterwelt in einen Streik mit: Nachdem die Regierung dem Abwehrstreik einen Teil der Arbeiterwelt beauftragt hat, daß im Laufe des Mittwochs die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt oder mit allen erforderlichen Maßnahmen herbeigeführt werden wird, fordern wir alle hinter uns stehenden Organisationen und Betriebe auf, Mittwoch früh 8 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen.

Lebedou's Entschlüsse.

Der Unabhängige Lebedou ist auf der Verlagebank und hat bei seiner Vernehmung am Dienstag es sich nicht nehmen lassen, die Vorgänge innerhalb der Sozialdemokratie vor und nach der Revolution offen zu erzählen. Man gewinnt aus seinen Ausführungen den Eindruck, als ob er edlich eingestuft, was sich hinter den Kulissen in den entscheidenden Tagen der Novemberrevolution spielte. Und dabei freit er auch jene Frage, die von den Arbeiterparteien mit allen Kräften verhandelt wird: Woher hat die Revolution gemacht? Es wird jedoch betont, daß Scheidemann und Ebert, die in der Regierung lagen, bis zuletzt den Regierungspunkt einnahmen und durchaus nicht an eine jegliche Revolution dachten und glaubten, daß bei der Unabhängigen lange Monate diese Revolution mit den Göttern, die reichlich aus Pflanzung fließen vorbereiteten. Man war wohl erkennt, als am 9. November schließlich gerade Scheidemann die Novemberrevolution mit allen Kräften verhandelt und die deutsche Republik in die Welt auf die Welt gebracht. Scheidemann und Ebert hätten nur die Situation für sich ausgenutzt und sich an die Spitze der Revolution und der Republik geschwenkt, um ein Wörtchen zu erlangen. Lebedou wiederholt sehr vor Gericht diese Anklage und entwirft von Scheidemann und Ebert ein Bild, das selbst Freunde dieser Männer eigenartig kritisieren muß. Dabei betont Lebedou, daß er ein ausgesprochenes, hartes deutsches Gesinnungsbild und ein Deutscher verbleibe, als er hörte, daß man Ebert an die Spitze des Reiches stellte. Man kann nur die Prüfung Lebedou's nicht wirklich nehmen, insofern betont es durchaus glaubhaft, daß das was durch die vielen Taten und Handlungen Scheidemann's und Ebert's bewiesen, daß noch durch die Verhandlungsverträge des „Caruarts“, daß Scheidemann und Ebert nicht die beste Rolle bei der Verkündung der deutschen Republik gespielt haben. Sie lagen zwar, sie hätten sich verpflichtet gesehen, die Macht an sich zu bringen, weil sie sonst die Republik ins rechtliche Niemandsland sich hätten entwickeln lassen müssen. Doch steht wohl fest, daß neben diesen durchaus wahrheitsvollen Gesichtspunkten die Angst der Machtspekulation bei der Bewegung eine Rolle spielte, sie könnten gänzlich ausgeschlossen werden!

Und die Anklage Lebedou's, daß man gerade bewundern müsse, wie ein Mitglied der Regierung es fertig bringen konnte, die ganze Regierungspolitik und damit seine eigene Seite zu verleugnen und Deutschland in einem Tage umzuwälzen, muß durchaus Berücksichtigung finden. Selbstverständlich wird (aus Lebedou's in der Vordergrund tritt) nicht das „harte deutsche Empfinden“ der Unabhängigen, die Treue des Volkes gegen Ebert und Scheidemann gewesen sein, sondern mehr und vielleicht allen das Gefühl, daß sie von ihnen um ihren Erfolg gebracht worden sind.

Auch Lebedou's Anklage hat noch einen und behält in vielen Punkten der Richtigkeit; denn Lebedou ist selbstverständlich einseitig. So wird man abweisen müssen, wie sich erst nach und nach Licht zeigt, was wir Deutsche wissen müssen und zu wissen nötig haben. Wenn heute so wenig für die Untersuchung der vorgängigen Ereignisse gegeben ist, so ist das durch zwei Ursachen, daß andere Sorgen uns beherrschten. Aber man kann auch nicht bestreiten, daß die letzte Regierung allen Grund zu haben scheint, über die Verantwortung des Scheiterns zu denken. Es kommt aber die Zeit, da das Volk wohl Klarheit verlangen wird und Lebedou's Anklage wird dann mehr Beachtung finden als heute, da man um Deutschland zu bringen hat und hinter Ebert und Scheidemann eine geschlossene Front stehen muß.

Ein Uebersetzung Neufundland-Island.

Weder der King Hallows von Neufundland noch Irland, aber dessen Beginn in St. Johns Start wird berichten, liegen eine große Zahl wiederholender Meldungen vor. Nach der anstehenden Zeit

flüchten soll das Flugzeug, das gestern nachmittag gegen 4 Uhr nur noch etwa 300 Kilometer von der irischen Küste entfernt gewesen zu sein scheint (ob es gesunken wurde oder seinen Start durch Funkspruch selbst anab, ist ungewiß), soll kurze Zeit darauf, und zwar nur noch 70 Kilometer von Loop Head an der Shannonmündung entfernt, in die See gestürzt sein. Das Flugzeug mit seinem Piloten Major Grieco geriet wieder ins Meer, in dem die Wellungen bewirkt, aber auch bestritten. Jedenfalls wird in der Meldung bemerkt, aber auch bestritten. Jedenfalls wird in der Meldung bemerkt, aber auch bestritten.

Strasburgerhofung König Konstantin.
Berlin, 20. Mai. Der „Vor-Tag“ meldet: Auf Antrag von Venizelos behält die Konferenz in Paris, die Straßburgerhofung des früheren griechischen Königs Konstantin durch den aktierten Gerichtshof herbeizuführen.

Gegen die Kapitalertragssteuer

wurden unmittelbar nach Bekanntgabe des Entwurfs schwere Bedenken in der Öffentlichkeit geltend gemacht. Insbesondere wurde bemängelt, daß die Steuerlast, ohne Rücksicht auf die Höhe und den Charakter des Reinertrages, ein einheitlicher sein solle und daß die Kapitalertragssteuer eine Verbelastung des mobilen Kapitals darstelle, die auch durch die Zulage entsprechend stärkerer Ertragssteuern des Grundbesitzes in Verbindung mit anderen direkten Steuern nicht erträglich werden könnte. Wahrscheinlich dürfte diesen Einwänden Rechnung getragen werden und der Entwurf einer Kapitalertragssteuer nicht mehr zu benutzenden Vorlesungen gehen, die im Rahmen der bevorstehenden Finanzreform zunächst in Aussicht genommen und aus den Reihen der Reichsfinanzminister Schiffer und Dornburg in der Berliner Handelsbörse bekannt sind. Mit dem Bericht auf Einführung einer Kapitalertragssteuer kann aber nicht etwa auf den Rahmen des Finanzprogramms dieses in Rechnung gestellten letzten Entwurfs verzichtet werden. Die höhere finanzielle Lage des Reiches erfordert vielmehr, daß bei der Aufbringung des Gebietsbeitrags Bedacht genommen wird für entsprechenden Ersatz Gese zu fragen.

Aus Stadt und Umgebung

Was gibt es an Lebensmitteln?

Berlin.
Am Donnerstag, den 22. Mai gelangen an die Unhaber der Lebensmitteltheke 8 301 bis 9 300 auf Bezugslisten und Zulassung 99 und an die Unhaber der Lebensmitteltheke 561 bis 9 700 auf Bezugslisten und Zulassung 98 auf den Kopf des Haushaltes je zwei Beringe (ohne Kopf und Schwanz) zum Preise von 40 Pf. für das Bild zur Ausgabe.

Butter der Margarine.
Auf je Schmelzmasse gelangt zur Ausgabe in den Verkaufsstellen: Albert, Vogel, Fischer, Kaiserlich, Fröhner, Rucke, Sammerer, Landeshofstraße, Teichmann, Schulz, Reichshagen 50 Gr. Butter zum Preise von 40 Pf., bei Kaiser, Koch, Schone, Sammerer a. d. Geißel, Trommer 50 Gramm Margarine zum Preise von 22 Pf. Auf je Zulassung werden 50 Gramm Butter zum Preise von 40 Pf. verabfolgt.

Ausgang für Kartoffelaussatz.

Aus Verleihen geht uns eine sehr beachtenswerte Anregung zu. Man besorgt sich darüber, daß diejenigen Einwohner unserer Stadt, die sich nicht den ganzen Jahresbedarf an Kartoffeln einteilen können und ihre Wohnortorten (jezt nur 4 Pf. auf den Kopf) gegen stark beiziehen, in schweren Nachteil geraten sind. Das ist um so empfindlicher, als dazu alle Kriegsteilnehmer gehören, die nun gegenüber denjenigen, die ihre Kartoffeln nicht behalten mußten, arg geschädigt erscheinen. Für die Einbuße von 3 Pf. Kartoffeln wöchentlich wird nun angeregt, die Stadt möge den davon Betroffenen eine Entschädigung in Wehl oder Brot geben, also etwa ein halbes Brot oder eine entsprechende Sonderunterstützung in amerikanischen Weizen m. e. l. Das erscheint uns in der Zeit durchaus billig, und wir meinen, der Magistrat sollte diesen Vorschlag einer ernstlichen Erörterung unterziehen.

Sitzung des Arbeiterrats.

Anstelle des ersten Vorliegenden Fiedler, der in letzter Sitzung sein Amt niedergelegt hatte, ernannte M. M. Bäcker die Sitzung und erteilte sofort dem H. M. Fiedler aus dem Wehlkreis das Wort zu dem Bericht über den letzten Arbeiterrats. Redner gebietet demselben als Mitglied der Fraktion der U. S. P. an, Er ging in 24 Minuten Ausführungen ausführlich auf den Standpunkt der einzelnen Redner des Kongresses ein, nachdem er vorher das Wahlsystem und die Zusammenfassung des Kongresses behandelt hatte. Am Ende seiner Rede wies er u. a. wiederholt darauf hin, daß Mitglieder der demokratischen Fraktion in ihren Reden bedeutend weiter gehen, wie die Vertreter der Mehrheitsfraktionen. So wurde z. B. der Antrag auf Immunität der Mitglieder durch die Unterbringung der Demotanten angenommen. Nach Schluß des Vortrags dankte M. M. Bäcker dem Redner für seine Ausführungen und schickte zur Befriedigung der Eingänge. H. M. Schneider bedauerte die Abschlüsse der nächsten Sitzung zu überlassen und sprach für den Wechsel des Ballungsgebietes zu sprechen. H. M. Schneider übernahm als Vizepräsident den Vorsitz. H. M. Bäcker beantragt die Auswahl von zwei Mitgliedern der U. S. P. 2 Demotanten und einen Wehlkreismitglied. H. M. Fiedler dankt im Namen seiner Fraktion für den Bericht. Die demokratische Partei zählt ebenfalls 4 Mitglieder wie die Partei der Mehrheitsfraktionen. H. M. Vanger leitete den Antrag, alle Parteien gleichmäßig zu behandeln, bei Stimmengleichheit soll das Los entscheiden. Der Antrag wird angenommen. Durch geheime Zettelwahl werden gewählt: Fiedler, Schneider, Seifert (M. M.), Gess, Wäcker, Köhler (Dem.). Darauf wird die Sitzung auf den Antrag von H. M. Fiedler vertagt.

Legung des Sanjo-Bundes.

Am 24. und 25. Mai hat der Sanjo-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie seine Mitglieder und angeschlossenen Verbände zu einer Legung nach Berlin eingeladen. Der Sanjo-Bund will in seiner Legung ein Programm aufstellen, das diejenigen Maßnahmen vorschlägt, welche in Richtung einer durchgreifenden Neuordnung unseres Wirtschaftslebens getroffen werden können, ohne das Wirtschaftslieben selbst zu gefährden. Als Referate stehen außerdem auf der Tagesordnung die Gestaltung unserer inneren Wirtschaft und die Gestaltung unserer Außenwirtschaft.

Das Eisenbahnministerium gegen die Hamsterfabriken.
In einer Verfügung an die Eisenbahndirektionen hat der Minister der öffentlichen Arbeiten erneut gegen das Übernehmen der sogenannten Hamsterfabriken Stellung genommen. Den Direktoren wird darin abermals zur Pflicht gemacht, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf die Unterbindung des Hamsterverehrtes hinzuwirken. Die Stationsvorstände sind anzuhalten, keine Sonderleistungen, die den Arbeitsbeschäftigern unterliegen können, beispielsweise in Stellung von Contingenten, zu übernehmen.

Rainichen-Diebstahl.

Dem Diebstahlsfall Günther in der Gärtnerei wurden in der vergangenen Nacht mehrere Rainichen im Werte von hundert Mark gestohlen.
800 000 Pfund Lebertran für Deutschland.
Dem Reichsausschuß für pfandliche und leibliche Cesse und Feste ist die Möglichkeit gegeben, 400 000 Kilogramm Medizinlebertran in Norwegen zu erwerben und nach Deutschland auszuführen. Die Verteilung der 400 000 Kilogramm Lebertran soll sofort nach Ankunft durch Vermittlung der Apotheken und Drogerien an die untererkrankten Kinder, sowie kranke und kranke Frauen und Männer zum Selbstheilungszweck erfolgen. Für Kinderlebertran und Heilkräuter für Kranke und kranke Kinder, ferner Krankenlebertran, Rainichen, Augenheilmittel, Siedewasser und Alkohole sollen bevorzugt werden. Die Bestimmung, daß Lebertran nur gegen ärztliche Verordnung abgegeben werden darf, ist vom Reichsausschuß beantragt worden. Der Verkaufspreis ist auf 8,50 Mark für das Pfund festgelegt.

Linol-Theater.
Donnerstag geht zum erstenmal neuseinführt die entzündende Operette „Drei als Schachtel“ von Walter Kuhn in Szene, welche sich durch ihre wunderbaren Motiven und ihr gutes Spiel einen günstigen Platz im Repertoire aller deutschen Bühnen erobert hat. Sonntag findet eine Wiederholung der Operette „Drei als Schachtel“ statt. Für Donnerstag, den 20. d. M. findet sich in Vorbereitung die Operette „Die Fährstunde“ von Emmerich Reiman, dem Komponisten der „Carabinieri“.

Aus Provinz und Reich

Beachtenswertes Ergebnis einer Kreiswahl.
Sprottan, 20. Mai. Im Kreis Sprottan wurden bei den Kreiswahlen 17 Bürgerliche und 10 Sozialdemokraten gewählt. Von den Bürgerlichen gehören acht der Deutschnationalen B. P. S. Partei an; zwei weitere Gewählte haben sich grundsätzlich für keine Partei erklärt, während sich für die Deutschnationalen Volkspartei gegenüber 20 v. H. der Stimmen bei den Kommunalwahlen.

Einbruch.
Delfau, 20. Mai. In der Montag-Nacht wurde in das Konjunktionsgeschäft Ebnor Jeeß (das Stammhaus in Straßburg) wurde vor einigen Tagen zum Wad gestohlen) in der Ravelstraße hierher eingeschoben. Den Dieben fielen Stoffe im Werte von annähernd 20 000 M. in die Hände.

Witterverhältnisse unglücklich gemacht.
Magdeburg, 17. Mai. Eine Witterveränderung von 19 Personen, die in Magdeburg nördlicher Umgebung in der schlimmsten Weise wildert, wurde von einer Abteilung des Bundesjägerskorps umstellt und zum großen Teil festgenommen.

Landwirtschaftliche Ausstellung in Magdeburg.
Magdeburg, 17. Mai. Mitte September soll in Magdeburg eine Ausstellung der deutschen Landwirtschaftsgebiete stattfinden, vorausgesetzt, daß die Verkehrsverhältnisse sich bessern. Die Ausstellung soll in der Hauptstadt landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sein.

Die Fleischunterzahlungen an dem Schlachthof.
Affen, 17. Mai. An den Fleischunterzahlungen auf dem hiesigen Schlachthof sind jetzt hiesige Fleischhändler beteiligt. Allen mit Rücksicht auf die geringere Fleischportion der Bevölkerung die Geschäfte zu schließen, wie beantragt worden war, ließ sich aber nicht durchführen. Nur das Geschäft des Obermeisters Marggraf wurde geschlossen, da dort auch noch ein großer Privat-Vollzugsort für Fremde unterhalten wird.

Wettervorhersage

Donnerstag, den 22. Mai. Heiter, trocken, zunehmende Erwärmung.

Letzte Depeschen

Ueberraschung im Kabinett.

Berlin, 21. Mai. (Eig. Drahtber.) Das Ergehen des Großen Rathenau um eine Friedlängerung ist dem Reichsoberkommando, wie wir hören, unerwartet gekommen. An Regierungskreisen ist gestern anscheinlich erklärt worden, daß die Ueberraschung der heutigen Gegenüberstellung morgen 2 Uhr nachmittags, als vor Ablauf der gestellten Frist erfolgen werde. In den Nachtstunden ließ jedoch eine Mitteilung des Großen Rathenau ein, daß er zufolge technischer Schwierigkeiten sich genötigt sieht, Clemenceau um eine Hinanzschiebung des Termins zu erlöten. Nachdrücklich wird an zuständiger Stelle betont, daß die Verzögerung nicht auf Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kabinett und der Delegation zurückzuführen ist; letztere habe keine Abänderungsvorschläge gestellt.

Die Alliierten zu mündlichen Verhandlungen bereit?

Amsterdam, 20. Mai. (Eig. Drahtber.) Wie der „N. Rot. Cour.“ zu melden weiß, hehe es nunmehr fest, daß die Alliierten zu mündlichen Verhandlungen bereit seien.

Der Termin der Entscheidung.

Versailles, 21. Mai. (Eig. Drahtber.) Auch der „Temps“ glaubt in seiner gestrigen Abendnummer, daß mit einer Verlängerung der Frist zur Beendigung des Friedensvertrages getrachtet werden kann und daß freilich in der ersten Junihälfte die Entscheidung fallen wird. Es scheint hier durchaus noch keine Grundlage für eine zu liegen. Es scheint hier durchaus noch keine Grundlage für eine zu liegen. Es scheint hier durchaus noch keine Grundlage für eine zu liegen.

Die Schwierigkeiten der Entente.

Versailles, 21. Mai. (Eig. Drahtber.) Die Abendpresse ist durchaus auf eine gemäßigtere Tonart gestimmt und läßt erkennen, daß die Entente ganz erhebliche Schwierigkeiten hat, um die Fragen bezüglich der Türkei, Rumänien und Albanien zu lösen. Es scheint hier durchaus noch keine Grundlage für eine zu liegen. Es scheint hier durchaus noch keine Grundlage für eine zu liegen. Es scheint hier durchaus noch keine Grundlage für eine zu liegen.

Gemdat für deutsch-französisches Einvernehmen.

Versailles, 21. Mai. (Eig. Drahtber.) Marcel Combes hat bei seiner in 2 1/2 Stunden die Frage, ob der Herrschaft in der von der Entente verfolgten Form als dauerhafte Grundlage angesehen sei. Er kommt dabei zu der Behauptung, daß eine Verhandlungsmöglichkeit zwischen Frankreich und Deutschland gegeben ist, wenn beiderseits der Versuch gemacht würde, ein finanzielles Gebiet mit Frankreich zu einem Einverständnis zu gelangen. Wenn dem Zweck der Einverständnisse auf diesem Gebiet Frankreich näher treten könnte, würde gewissermaßen ein Ergebnis erzielt werden, das für beide Länder von großer Tragweite ist. Combes meint, daß, wenn ein derartiges Einvernehmen nicht erfolge, Frankreich und Deutschland dem Vertrag entgegenzögen. Er glaubt, daß auf dieser Grundlage auch über gewisse andere Fragen, namentlich über Danzig, leicht ein Einverständnis erzielt werden könnte.

Französische „Liebeswürdigkeiten“.

Versailles, 21. Mai. (Eig. Drahtber.) Die Besetzungsfreiheit der deutschen Delegation wird von Donnerstag ab eingekürzt. Auf Veranlassung der Handelskammer Versailles und anderer Handelsorganisationen wird die Besetzung des gesamten Limon-Portes des Deutschen nicht mehr zulässig. Früher fanden ihnen 125 Hektar zur Verfügung, jetzt nur 42 Hektar.

Früh Maßnahmen.

Bern, 20. Mai. (Eig. Drahtber.) Der „Berliner Tagbl.“ beschäftigt sich mit den Maßnahmen Fröhs an der deutschen Grenze und in besetzten Gebiet. Fröhs wolle markieren, aber mit diesem Vorwärtz würde auch das Unglück Frankreichs beginnen. Schließlich würde man das in Frankreich als erkennen, wenn man die Friedensbedingungen und die Stimmung in Deutschland kennen möchte. In schwerwiegenden diplomatischen Kreisen sieht man den kommenden Tagen mit großer Besorgnis entgegen. Man hat wenig Hoffnung, daß bei den Alliierten noch die Vernunft liegen werde.

Die Einigkeit der Alliierten?

Haag, 20. Mai. (Eig. Drahtber.) Nach Meldungen aus London sollen die Alliierten nicht abgeneigt sein, der deutschen Forderung, in allen Gebieten des Ostens, die von Deutschen nicht abgetrennt werden und an Polen fallen sollen, eine Volksabstimmung beizufügen. Diese Frage wurde, wie übereinstimmend von mehreren englischen Blättern gemeldet wurde, vorgestern in Paris beraten und führte zu heftigen Auftritten mit dem polnischen Vertreter.

Verstimmung gegen Polen?

Berlin, 21. Mai. (Eig. Drahtber.) Das gestern in Paris verbreitete Gerücht, daß die Alliierten geneigt wären, Ausschließen den Deutschen zu belassen, hat wie wir hören, einen tatsächlichen Hintergrund. Man weiß aus better Quelle, daß die letzten polnischen Annahmen auch in Paris verurteilt haben und man sich daher schifflich wurde, daß große Gehalt an Polen etwas zu befürchten. Jedenfalls hoffen die Alliierten durch dieses Entgegenkommen die Deutschen zu befriedigen und zu bewegen, daß sie nicht ganz unerbittlich sind.

Höflich aber fast abgelehnt...

Haag, 21. Mai. (Eig. Drahtber.) Wie der „Dain Tagbl.“ meldet, hat Clemenceau das Gerücht des Großen Rathenau um eine persönliche Unterredung höflich aber fast abgelehnt.

Der Austrittsbefehl für Bulgarien.

Versailles, 21. Mai. (Eig. Drahtber.) Es heißt, das die bulgarische Abordnung in ungefähr 14 Tagen zur Entgegennahme der Friedensbedingungen nach Fontainebleau bei Paris berufen werden wird.

Friedenssehnsucht in Frankreich.

Paris, 21. Mai. (Eig. Drahtber.) Nach Kaiser Meldungen zeigt das große Publikum in Frankreich kein Interesse für den diplomatischen Notenwechsel, die Stimmung ist fast gleichgültig zu nennen. Die breiten Volksmassen und die bürgerlichen Kreise wünschen eine möglichst rasche Unterzeichnung des Friedensvertrages und das endgültige Zustandekommen des Friedensbedingungen. Es herrscht keine Meinung für die Aufnahme der militärischen Operationen gegen Deutschland.

Die Deutschen dürfen wieder Seereisen machen.

Amn, 21. Mai. (Eig. Drahtber.) Aus dem Haag wird der „Amn. Jg.“ gemeldet: Die holländischen Dampfbootgesellschaften haben aus England Nachricht erhalten, daß die Entente fünfzig keine Einwendungen gegen die Beförderung von Deutschen zwischen 17 und 50 Jahren an Bord holländischer Schiffe machen würde. Es ist jedoch nicht geklärt, daß Deutsche nach England reisen.

Streitkräbhebung in Kanada.

Ausserdam, 21. Mai. (Eig. Drahtber.) Die „Times“ meldet aus Winnipeg, daß in der Stadt insofern des Generalstreiks das gesamte öffentliche Leben lahmgelegt sei und das Winnipeg einer belagerten Festung ähnlich sei. Die Streiks breiten sich in einzelnen Teilen von Kanada aus.

Der Spandauer Millionendieb verhaftet.

Wien, 20. Mai. Bei einer Durchsicht der Koffer eines Ehepaars in Wien, das sich in einem hiesigen Hotel den dreimonatlichen Aufenthalt verbracht hatte, wurden über 2 Millionen rumänischer Okkupations-Rei gefunden. Das Ehepaar wurde verhaftet. Der angeklagte Wienar erwieb sich identisch mit Frh. Graf F. F. F., geboren am 2. August 1891 zu Oelsnitz in Sachsen, und seine englische Frau, die keine Reichweite war, Frh. Frau, geboren Wienar, geboren 1898 zu Hamburg und dort unabhängig. F. F. F. gab an, daß er im November 1918 in Spanien von einem Soldaten ca. 5 Mill. Okkupations-Rei mit der Bestimmung erhalten habe, dieselben nach Belgien und Holland zu bringen. Bei der Verhaftung, über die Grenze zu gelangen, war er angeblich aus Angst vor einer Restituten eine Million bei weg. Den größten Teil der hiesigen Summe brachte er nach Wien, um sie hier zu verwerthen. (Der Verhaftete ist offensichtlich mit dem Offiziersburden F. F. F. identisch, der von Berlin aus wegen des Millionendiebstahls geflohen wird. Die Red.)

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

JEDE SORGE
wegen
schadhafter Dächer
besorgt
AMBI, Abt. II
Charlottenburg 9

Der Gesegentwurf über Betriebsräte.

Der Gesegentwurf über die Betriebsräte, über den am 15. d. Ms. im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattgefunden hat, sieht für alle Betriebe mit mindestens 30 Arbeitnehmern (Arbeits- und Angehörigen) die Einrichtung von Betriebsräten vor, die in Betrieben mit weniger als 50 Arbeitnehmern aus 3, mit 50-100 Arbeitnehmern aus 5 Mitgliedern bestehen. Bei 100-1000 Arbeitnehmern erhöht sich die Zahl der Mitglieder für je 100 weitere Arbeitnehmer um je eines. Die Höchstzahl der Mitglieder beträgt 25, bei 500 Arbeitnehmern kann durch Tarifvertrag bis zu 40 Mitglieder werden. Als Betriebe im Sinne des Gesetzes gelten auch Geschäfte und Schreibstuben von Angehörigen der freien Berufe, von Vereinen, Gesellschaften und Körperschaften. Ausgenommen sind die Schiffahrtsbetriebe, für die ein besonderes Gesetz ergeht. In Betrieben mit selbständigen Abteilungen können, in Betrieben mit mehr als 500 Arbeitnehmern müssen Abteilungsbeiräte gebildet werden. Befandteile eines einschlägigen Unternehmens können sich zu einem gemeinsamen Betriebsrat zusammenschließen; ist ein solcher nicht errichtet, so kann, wenn die Betriebsversammlungen mit Zustimmung des Arbeitgebers es beschließen, ein Gesamtbetriebsrat errichtet werden, und zwar auch dann, wenn die Betriebe nicht innerhalb einer Gemeinde oder unmittelbarer benachbarter Gemeinden belegen sind.

Die Arbeitermitglieder des Betriebsrats werden von den Arbeitern, die Angestelltenmitglieder von den Angestellten aus ihrer Mitte in allgemeiner, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf die Dauer von 2 Jahren gewählt. Die Wahl kann auf Mehrheitswahl der wahlberechtigten Angestellten und Arbeiter in der Betriebsversammlung in gemeinsamer Wahl aller Arbeitnehmer erfolgen. Wahlberechtigt sind alle mindestens 16 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, wählbar die mindestens 24jährigen Wahlberechtigten, die deutsche Reichsangehörige sind und am Wahltag mindestens einen Monat dem Betriebe angehört haben. Die Betriebsversammlung ist die Abteilungsversammlung, bestehend aus den wahlberechtigten Arbeitnehmern wählt, spätestens 4 Wochen vor Ablauf der Wahlzeit des Betriebsrates, aus ihrer Mitte einen dreifachen Wahlort und bestimmt dessen Vorsitzenden. Der Wahlort ist der Ort, an dem der Betriebsrat tagen soll, an dem die Gruppe der Arbeiter und die Gruppe der Angestellten Vertreter in den Betriebsrat entsenden.

Die Aufgaben des Betriebsrates, den gegenüber dem Arbeitgeber und gegenüber dem Schlichtungsausschuss ein Obmann vertritt, sind: Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer des Betriebes und Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebsaufgabe, insbesondere Überwachung der gesetzlichen Arbeitsvorschriften, Durchführung der möglichen Tarifverträge, Mitwirkung bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse, bei der Festsetzung der Arbeits- und Einkommensbedingungen, bei der Einführung neuer Arbeits- und Lohnsicherungsmaßnahmen, bei der Regelung des Arbeitsurlaubes der Arbeitnehmer und bei der Beschäftigungswesen, Ferner Vereinbarung der Arbeitsordnung mit dem Arbeitgeber (falls keine Einigung zustande kommt, können beide Seiten den Schlichtungsausschuss anrufen), Lehren Mitwirkung bei der Einstellung und Entlassung der Arbeitnehmer, Förderung des Einverständnisses zwischen Arbeiterchaft und Arbeitgeber (notfalls Anrufung des Schlichtungsausschusses), in den Fällen beschäftigter Arbeitslosen Mitwirkung bei der Vermittlung der Arbeitslosen, Unterstützung des Betriebs bei der Bekämpfung von Unfall- und Gesundheitsgefahren, Mitwirkung an der Vermittlung von Betriebswohlfahrtsmaßnahmen, Unterstützung des Arbeitgebers bei der Betriebsleitung durch Rat und durch Sorge für einen möglichst hohen Stand der Arbeitsleistung.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Betriebsrat über alle die Arbeitnehmerverhältnisse betreffenden Vorgänge rechtzeitig in Aussicht zu geben, soweit dadurch keine Betriebsgeheimnisse gefährdet werden und gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen. Insbesondere hat der Arbeitgeber dem Betriebsrat auf Verlangen die folgenden Unterlagen vorzulegen und ihn über den Bestand an Aufträgen zu unterrichten. (Schluß folgt.)



Karte zur Aufstellung des Türkei.

Die Aufstellung der Türkei. Noch steht das Schicksal der Türkei nicht endgültig festgelegt zu sein, es sind aber schon im Auge gefaßt, nach welchen der Haupt in ungefähre Umrissen verteilt wird: Die Vereinigten Staaten erhalten das Mandat für Syrien, Libanon und Armenien, dem Gebiete von Adana und Mesopotamien angeschlossen werden. Griechenland erhält die Ägäenszone, deren Hauptmittelpunkt Smyrna ist. Italien erhält das Mandat über Süd-Anatolien mit Adalia als Hauptorten und Konia als Mittelpunkt. Nord-Anatolien, welches Bursa und Angora umfaßt, soll den eigentlichen türkischen Staat bilden, in welchem der Sultan residieren soll. Es ist davon die Rede, Frankreich mit der Wahrung der Unabhängigkeit dieses Staates zu beauftragen.

Politische Rundschau

Polnische Aufforderung zum Deutschenmord.

Mit welchen Mitteln der polnische Fanatismus gegen uns wählt und best, zeigt nachfolgendes Wagnis eines Wobles in Ostrowo, das in einer dortigen Zeitung erschien und von einem aus dem Lazarett entnommenen Deutschen überliefert wurde:

Brüder nehmt die Samen in die Hand, Auf zum Kampfe laßt uns eilen! Polens Ansehlichkeit hat ein Ende, länger wollen wir nicht weilen. Sammet Scharen um euch auf, Unser Feind, der Deutsche, fasset, Wüthend, tauet, fesselt, brennet, Raßt die Feinde quaalvoll sterben. Wer die deutschen Hunde hängelt, Wird sich Gottes Lohn erwerben! Ich, der Probst, verpfeche euch Heil dafür das Himmelreich. Jede Säule wird euch vergehen, Selbst der wohlbedachte Mord, Dem, der Polen freies Leben Unterstüßt von Ort zu Ort. Aber Stuch dem Bösewicht, Der von uns für Deutschland freit. Polen soll und muß befehlen. Was ist ein Gott verprieht es uns, Rußland, Preußen muß vergehen. Geben polnischen Baniers, Darum laucht froh darinnen! Polen lebe groß und klein! Spricht wohl für sich selbst!

Zur Fronarbeit nach Frankreich verschleppt.

Nicht genug, daß unsere Gefangenen zurückgehalten werden, und in Frankreich Zwangsarbeit leisten müssen, auch im besetzten Gebiet holt man, wie die Franzosen 'Vollstämme' meinet, Arbeiter aus den Fabriken und transportiert sie zum Arbeitseinsatz ab. Um den Schatz zu wahren, hat man zunächst nur Arbeitslose genommen und gezwungen, es handelte sich um Leute die keine Beschäftigung haben. In den letzten Tagen sind zwei Schuhwarenfabriken in Frankreich (Main) auf Befehl der Wehrverwaltung geschlossen worden, obwohl noch Viehstoffe zur Verarbeitung vorhanden und auch neu beschafft werden konnten. Die Gebäude von 400 000 Paar Schuhen wurden den Fabrikanten gegen Zahlung des Friedenspreises abgenommen und nach Frankreich abgeführt. Bei den übrigen Spinn wurden dann die durch die Schließung der Fabriken brotlos gewordenen Arbeiter gestift.

Die 17- bis 32jährigen wurden an der Stelle interniert, daß in Zukunft nicht mehr amerikanischen Wehrmacht nach Deutschland eingeführt wird, sondern vor allen Dingen Weizen. Sie geht dabei von dem Standpunkt aus, daß es wichtig für Deutschland ist, die zahlreichen stillgelegten Mühlen wieder zu beschäftigen. Des weiteren wäre die Regierung bei der Einführung von Weizen in der Lage, das in Deutschland ermahnte Viehfliegen auf die Bevölkerung abzugeben, als das Viehprodukt der Amerikaner. Die Einführung von Weizen erfordere aber auch deshalb wünschenswert, weil bei dem Mangel des Weizens die für die Viehzüchtung so wichtige Arie als Nebenprodukt erzeugt wird, die uns jetzt durch die Beförderung des Viehles verloren geht.

Weizen statt Vieh.

Die deutsche Reichsregierung hat sich energisch dafür eingesetzt, daß in Zukunft nicht mehr amerikanischen Weizen nach Deutschland eingeführt wird, sondern vor allen Dingen Weizen. Sie geht dabei von dem Standpunkt aus, daß es wichtig für Deutschland ist, die zahlreichen stillgelegten Mühlen wieder zu beschäftigen. Des weiteren wäre die Regierung bei der Einführung von Weizen in der Lage, das in Deutschland ermahnte Viehfliegen auf die Bevölkerung abzugeben, als das Viehprodukt der Amerikaner. Die Einführung von Weizen erfordere aber auch deshalb wünschenswert, weil bei dem Mangel des Weizens die für die Viehzüchtung so wichtige Arie als Nebenprodukt erzeugt wird, die uns jetzt durch die Beförderung des Viehles verloren geht.

Brachliegende Kaffeeländungen für Deutschland.

Die von gut unterrichteter Seite verlautet, lagern in Co. Starica nicht weniger als 3 Millionen Cañ Coffee für den Nachmarkt der Mittelmeerländer, die von großen Geschäftsbanciers in diesen Staaten bestellt worden sind und nun nicht abtransportiert werden können, da es an Schiffraum mangelt. Es besteht vorläufig auf keine Aussicht, Restbeständen nach Deutschland zu bekommen, da aller Schiffraum für die Beförderung von Rohmaterial notwendig ist und Kaffee zu den weniger wichtigen Gesichtspunkten gehört.

Aus Stadt und Umgebung

Ablieferung der Reichsbanknoten zu 50 Mark.

Es ist beabsichtigt, in kurzer Zeit die Reichsbanknoten zu 50 Mk. mit dem Datum des 20. Oktober 1918, auf deren Vorderseite im Hauptteil der fast quadratischen Umrandung der Text in braunschwarzer Farbe gedruckt ist, aufzurufen. Da die Krill, innerhalb deren diese Reichsbanknoten noch als geldtätige Zahlungsmittel gelten sollen, voraussichtlich kurz bemessen und höchstens auf den Zeitraum von wenigen Monaten beschränkt wird, empfiehlt es sich, mit der Ablieferung dieses Geldzeichens an die Reichsbank möglichst bald zu beginnen.

Die neuen Reichsbriefmarken.

Die neuen Reichsbriefmarken sind auf gelbem Papier gedruckt und mit durchaufweisenden Wasserzeichen, sowie roten und blauen Fasern versehen. Der Aufdruck ist mit schwarzer Farbe hergestellt. Die Reichsbriefmarken neuen Modells gelten vom 16. Mai ab. Um

Die Ehre der Trenzendorfs.

Roman von Lola Stein.

41) (Nachdruck verboten) Ich kann nicht weiterleben von dem auf diese Weise verdienten Geld. Es würde mir in den Fingern brennen. Ich kann nicht mehr essen, nicht mehr schlafen, nicht mehr atmen in diesen Räumen, wenn ich weiß, daß sie erhalten werden, daß alles was wir brauchen, bezahlt wird von diesem Gelde, an dem das Blut von Menschenleben fließt. Das Blut meiner Brüder. Mand, wie nicht so stark, so unbewegt da! Verzeihst, verzeihst du mich denn nicht? Sie schlang die Hände ineinander in Qual. Mein, ich kann dich nicht verstehen! O dieser unheilige Krieg! Nicht nur, daß die Wälder, die ihn führen, unter ihm leiden, auch nach uns, die wir fern von ihm sind, die wir nichts zu tun haben mit ihm, streckt er seine furchtbaren Riesentrallen aus! Ich fühle diesem Krieg, der dich mir entfremdet, der einen anderen Menschen aus dir gemacht hat, der mir mein Glück nehmen will, meine Ruhe, meinen Frieden! Mand, das er weiß, verzeihe, mich zu verstehen. Verzeihe, dich in meine Seele hineinzuidentifizieren! Denke, dein Vaterland wäre von Feinden umringt und du wüßtest leben in einem anderen Lande, dem dieser Krieg ferngeblieben ist, und das nun alles für die Vernichtung deines Heimatlandes ist, das den anderen Völkern hilft, nur um geschäftlicher Motive willen, nur aus der Gier, nur aus der Gier, nur aus der Gier, wie tief, wie tief ist die Menschheit gesunken, die die höchsten Ideale Mißhandelt, Menschlichkeit, Güte aufopfert in der Gier nach Reichthum! Du mußt doch begreifen, daß ich selbst meine Hand nicht bieten kann zu dem Vernichtungswort gegen meine Brüder? Sie sagte: Du siehst die Dinge verkehrt. Auch wir in Amerika bedauern dieses furchtbare Ding. Aber wir haben ihn nicht verschuldet. Er ist nun einmal da. Deutschland erzeugt täglich seinen gewaltigen Kriegsschicksal selbst, wir tun es für die Länder der Entente. Das ist ein einfaches und glattes Geschäft und hat nichts mit Menschlichkeit, mit Mitleid und diesen Dingen des Gefühls zu tun. Wir würden ja auch Deutschland liefern, wenn es anginge. Aber es geht nicht, rief er erregt. Und warum darf ein Land, das angeblich neutral sein will, nicht bei einem Vortell in

Kriege nützen und den anderen schaden! Das ist wider Völkerrecht und Menschlichkeit, das ist eben keine Neutralität! Das ist kein offener erklärter, aber ein verheißend noch schamloser Krieg! Ich Gott, wir wollen nicht freit! Nicht politisieren! Mand! Was Amerika tut, das muß es mit seinem Gewissen abmachen, wie Bremen es nicht ändern. Aber was in untern eigenen Hause geschieht, das haben wir selbst in der Hand, wir brauchen keine Schuld auf uns zu laden, wir können frei davon leben! Mand, sag mir, wie sagst du, ich will ja gern auf alle Millionen verzichten, die Pa jetzt verdient, wenn ich dir damit meine Ruhe wiedergeben könnte. Aber wie kann ich das? Achim, ich bin ja ebenso machtlos wie du! Mein, Mand, das bist du nicht! Auf dich hört dein Vater, die tut er vieles zuliebe. Sage ihm, daß dir als meiner Frau die Kriegserlieferungen auf der Seele brennen, daß sie dir die Ruhe nehmen. Vielleicht wird er seine Hände dann zurückziehen von diesem blutigen und schuldvollen Gewerbe! Aber Achim, Achim! Bedenke doch, was du von mir verlangst! Das ist unmöglich! Und das werde ich niemals tun, nein, nie! Denn mich geht das Geschäft nichts an. Wie habe ich mich darum gekümmert, nie etwas davon verstanden. Pa würde mich auslachen und mich hinauswerfen, wenn ich ihm zwischen seine geschäftlichen Dinge fahren würde. Und mir Recht! Denn ich verziehe nichts, davon! Er würde mir sagen: Wenn ich die Lieferungen aufgabe, dann übernimmt sie ein anderer. Deutschland hat damit nichts gewonnen. Und warum soll ich das ischne Geld nicht eben so verdienen wie dieser andere? Ja, Achim, das würde er mir antworten! Und er hat recht! Mein, Weibster, wenn es sich um mich persönlich handelt, dann kann ich zu Papa gehen. Ich will dies oder jenes. Aber in dein Geschäft darf ich nicht hineinpressen wollen. So willst du mich nicht unterliegen in dieser Sache, Mand, obgleich du siehst, wie sehr sie mir am Herzen liegt! Weibster, ich bin es nicht, weil ich weiß, daß es nutzlos wäre. Schließlich entscheidest du ja auch nicht allein! Da sind die beiden Trons, die zu zweien ihr übernahmern würden, selbst wenn er wollte, was du von mir verlangst. Aber er wird es nie wollen! Sie, Achim, nie! Denn es wurde unzulässig! Und Pa ist in erster Linie Geschäftsmann und dann erst Mensch. Und ich, er ist Amerikaner, er nicht freundlich für Entente.

ich kümmert Deutschland nicht, das er nie geliebt! Er wünscht der Entente den Sieg! Warum soll er da nicht mitlernen an diesem Siege? Mein, Weibster, ich kann dir nicht helfen, weil es nichts nützen würde und auch, weil ich dir nicht bestimmen kann. Du mußt dich auch in die Seiten anderer Menschen hineinbitten, die keine Deutschen sind, die ganz andere, entgegengelegte Fäden wie du! Mand, rief er schmerzvoll, gehört du zu diesen Menschen? Sie machte eine hilflose Gebärde. Achim, ich liebe dich dir und Pa. Zum erstenmal, ich dich nicht, nicht bedingungslos auf deiner Seite! Sieh, ich bin doch Amerikanerin! Und auch mir war Deutschland niemals besonders teuer. Dich habe ich geliebt, Achim, dich liebe ich heute, auch, du weißt es wie sehr. Weist, wie du mein Leben bist, mein ganzes Leben! So ordne dich meinen Überzeugungen unter aus Liebe für mich. Das kann man nicht, meinte sie lachend, und wenn ich es täte? Damit erreichen wir nichts. Du mußt einsehen, Achim, daß ich Pa nicht in dieser Sache bestimmen kann. Denk, wieviel er schon für mich, für uns getan hat. Denk, wie ich ihm die Einwilligung unterer Heirat abtrotzte. Aber mich nun auch noch in sein Geschäft mischen, - verlangen - daß er Millionenangevinne opfert, weil sie dein jenseitiges Gefühl verletzen - nein, das kann ich nicht. Ich würde mich lächerlich machen in Pa Augen, in den Augen jedes Amerikaners, wenn ich das von ihm verlange. Mein, Achim, nein! Gut, sagte er ruhig, nun höre mich! Daß ich nicht weiter in den Werken arbeite unter diesen Umständen und nicht von dem aus diesem Unternehmen verdienten Gelde leben kann, habe ich dir gesagt. So gibt es nur eins für mich: ich werde den Entschluß ausführen, den ich zu Anfang des Krieges schon faßte, von dem halb und halb deine Witten und dann meine lange Krankheit mich bis heute abhellen: ich werde es versuchen, nach Deutschland zu kommen, und wieder in das Meer eintreten. Denn dort ist mein Platz! Dort bin ich geboren! Das wirst du nicht tun, sagte sie auf, wenn du mich liebst, nicht! Das hat mit unserer Liebe nichts zu tun, Mand, rief er traurig, bedene doch meine Lage! Hierzulande verdient meine Ehe, in meinem Gewissen nie! (Schluß folgt)

